

CVP Schweiz



Menschlich und leistungsorientiert: CVP – Bildung für die Zukunft

Verabschiedet vom Parteipräsidium der CVP Schweiz am 6. Juli 2007

Einleitung

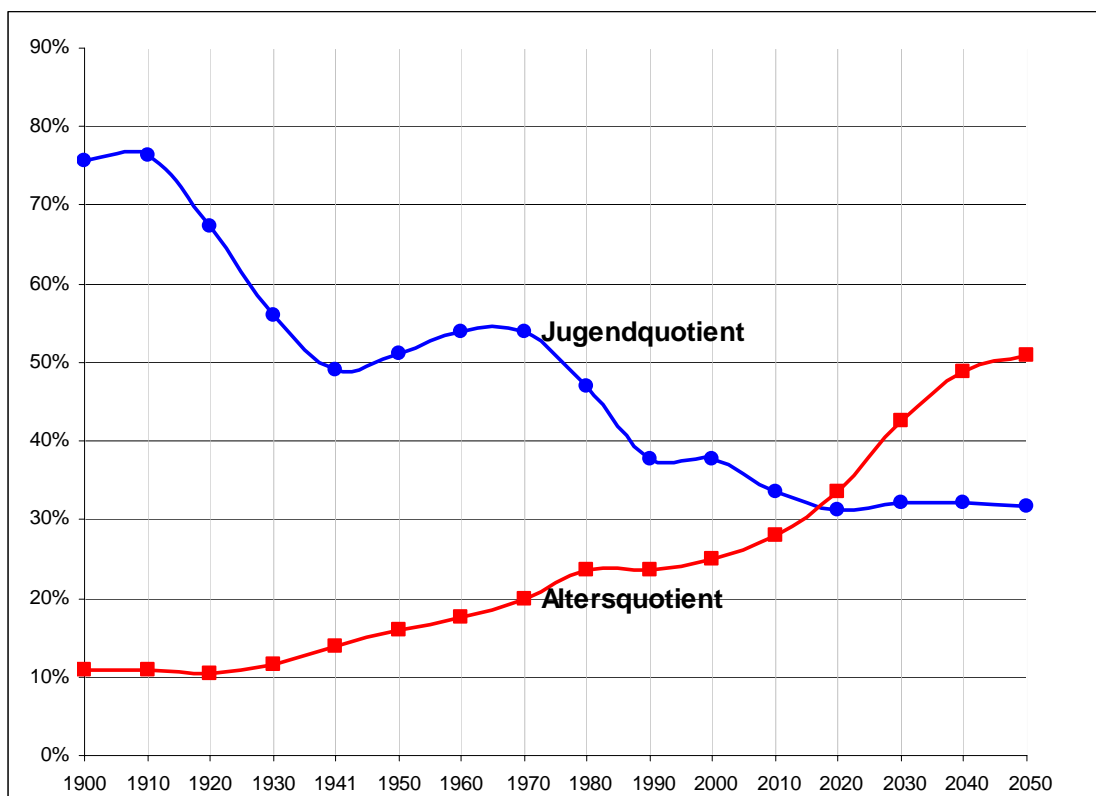
Die Bildung ist das kostbarste Gut der Schweiz! Die CVP misst diesem entscheidenden Bereich eine sehr hohe Bedeutung zu. Sie hat eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Nationalrätin Brigitte Häberli beauftragt, Visionen für die Bildungslandschaft Schweiz zu formulieren. Die CVP identifiziert vier zentrale Herausforderungen und leitet für die nächste Generation acht Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche Bildungspolitik ab.

Vier zentrale Herausforderungen

1) Demographie

Entwicklung der Jugend- und Altersquote 1900 – 2050

Verhältnis der Jugendlichen (bis 19 jährigen) bzw. Pensionierten (über 65 jährigen) zu den 20 bis 64 jährigen.



Quelle: Bundesamt für Statistik, ESPOP, 2007
Grundlage: 2010-2050 gemäss mittlerem Szenario A-00-2005

Die Scherenbewegung zwischen einer sinkenden Zahl junger Menschen und einer steigenden Zahl älterer Menschen wird sich fortsetzen. Die Schweiz wird herausgefordert durch einen wachsenden Weiterbildungsbedarf bei den Erwerbstätigen aller Alterstufen und einen zunehmenden Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften in wichtigen Bereichen (Ärzte, Ingenieure, Techniker, usw.).

2) Internationalisierung und Mobilität

Es ist davon auszugehen, dass die Globalisierung in Zukunft zu einer noch intensiveren Internationalisierung der Prozesse und Mobilität der Arbeitnehmer führen wird. Die Schweiz wird einen steigenden Teil der notwendigen Fachkräfte ins Land holen und gleichzeitig den hier Ausgebildeten international kompetitive Startchancen bieten müssen, indem die Aus- und Weiterbildung im In- und Ausland sichergestellt wird. Das Tempo der Veränderungen und der Anpassungsdruck werden weiter zunehmen.

Entscheidend wird dafür eine attraktive Ausbildungs- und Weiterbildungslandschaft mit Spitzenhochschulen und qualitativ hoch stehenden Bildungsstätten im höheren Berufsbildungsbereich sein. Darüber hinaus müssen diese Fachkräfte auch im Land gehalten werden können. Hierbei ist die Politik gefordert die Rahmenbedingungen zu optimieren (z. B. Ausländergesetz, administrative Entlastungen, usw.).

3) Mehr Wettbewerb

Der Trend zu mehr Wettbewerb, der bis jetzt vor allem den Universitätsbereich erfasst hat, wird in zunehmendem Masse das gesamte Bildungswesen erfassen. Die freie Schulwahl, auch unter staatlichen Schulen, wird weitere Schulbereiche erfassen. Staatliche und private Schulen werden untereinander vermehrt im Wettbewerb stehen und ihre Qualität transparent machen müssen. Dabei wird die Ausbildungsfinanzierung den neuen Rahmenbedingungen angepasst werden, damit unerwünschte Diskriminierungen vermieden werden. Vor allem der Weiterbildungsbereich ist weitgehend in privaten Händen.

4) Ganzheitliche Bildung

Die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Bildung („Kopf, Herz und Hand“) ist zunehmend anerkannt. Das Bildungswesen fördert die Lebenstüchtigkeit durch eine ausgewogene Entwicklung des Wissens (kognitiv, manuell, musisch, sozial und ethisch) und der Selbstverantwortung (Gesundheit, Toleranz, Mitmenschlichkeit). Der Übergang in die Schule wird fließender und durch frühkindliche Begleitstrukturen (Beratung, Tageseinrichtungen, Grundstufe usw.) unterstützt und den vielfältigeren Familienbedürfnissen und -formen angepasst.

Acht Schlüsselfaktoren für eine hervorragende Bildungslandschaft Schweiz der Zukunft

Jeder einzelne zählt: der Mensch im Mittelpunkt

Die künftigen Herausforderungen an jeden Einzelnen sind gross. Bildung und Erziehung sind besonders geeignet, die Lebens- und Berufstüchtigkeit zu steigern. Die aufgezeigten Massnahmen zeigen, dass vor allem in der Jugendphase und bei der Integration von Immigrierten frühzeitig ein hoher Grad gezielter Individualisierung der Massnahmen anzustreben ist. Weder aus gesellschaftlichen noch aus wirtschaftlichen Gründen können wir es uns leisten, vorhandene Begabungen und Potentiale – auch der Hochbegabten – nicht zu fördern. Dies ist auch der beste Weg, um Immigrantinnen und Immigranten zu Niedergelassenen und Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern zu führen, die unsere gesellschaftlich tragende Werteordnung akzeptieren. Die Bildungspolitik muss daher jeden früh und angemessen fördern.

1. Entwicklungsgerechte frühkindliche Förderung

Die Herausforderung

Die moderne Hirnforschung belegt die unterschätzte Bedeutung der frühkindlichen Entwicklung. Wird diese Entwicklungsphase nicht oder nicht altersgerecht genutzt, entstehen schwerwiegende Benachteiligungen. Die natürliche Neugierde der Kleinkinder ist zu pflegen, was in einer wachsenden Zahl von Familien nur mit Hilfe flankierender Betreuungsangebote erreicht werden kann.

Die Vision

Es steht ein Betreuungsangebot zur Verfügung, das allen Kindern eine optimale Entwicklung ermöglicht und das therapiefähige Defizite früh erkennt und therapiert. Die Einschulung ist im Sinne eines gleitenden Übergangs vom Spielen ins Lernen auf das zurückgelegte 4. Lebensjahr festgelegt.

Die konkrete Forderung

Schweizweit besteht die Möglichkeit Kinder bereits vor dem Schuleintritt und ergänzend zu den medizinischen Untersuchungen heilpädagogisch abzuklären und bei therapiefähigem Befund mit kinder- und altersgerechten Formen spielerisch zu therapieren. Diese Angebote sind zu forcieren. Je nach örtlicher Begebenheit ist deshalb entweder der/die Haus-, der/die Kinderarzt/ärztin oder die Mütter- und Väterberatung mit Unterstützung der Heilpädagogischen Früherziehung zu einer entsprechenden Abklärung, das Einverständnis der Eltern vorausgesetzt, zu verpflichten.

2. Volksschule - eine Schule für alle mit hoher Qualität, ganzheitlicher Bildung und Transparenz

Die Herausforderung

Die hohe Qualität der Schulen praktisch aller Stufen wird noch zu wenig ausgewiesen, was einen transparenten Wettbewerb unter Schulen bei freier Schulwahl und die gezielte Förderung von Schulen mit Problemen erschwert. Die Förderung Hochbegabter muss gezielt entwickelt werden. Die Durchlässigkeit unter und innerhalb von Schulstufen ist zu niedrig, was zu Benachteiligungen vorab

bei zu tief eingestufte(r) Schülerinnen und Schüler führt. Mit der zunehmenden Konkurrenz der öffentlichen Schulen durch private Schulen entstehen neue Herausforderungen. Es darf nicht sein, dass die finanzielle Situation der Eltern massgeblich über die Qualität der Volksschulbildung der Kinder entscheidet. Private Schulen sollen weiterhin möglich sein. Die öffentlichen Volksschulen müssen jedoch qualitativ auf einem hervorragenden Niveau bleiben und ausgebaut werden, damit sie frühzeitig auch auf Trends (z.B. Mehrsprachigkeit) reagieren können.

Die Vision

Das Projekt HARMOS (Harmonisierung der Bildungsziele der obligatorischen Schule) ist umgesetzt. Die Schulen verfügen über kompetente, ausgebildete und mit den nötigen Kompetenzen ausgerüstete Schulleitungen. Diese sorgen für die schulinterne Sicherung der Schulqualität und die Durchsetzung des Schulleitbildes und der Schulordnung. Die Volksschulen fördern die Schüler im Rahmen eines individualisierten Unterrichts mit informatikgestützten, individuellen Lernprogrammen und –zielen. Damit kann auf der Oberstufe die hohe Gliedrigkeit auf zwei Stufen gesenkt werden. Kinder mit Leistungsschwächen in Teilbereichen (Sprache oder Mathematik) werden gefördert und nicht einfach zurückgestellt. Die Volksschule stärkt die Sozialkompetenz der Schülerinnen und Schüler durch strikte Durchsetzung der Lern- und Verhaltensziele und die Pflege der gegenseitigen Rücksichtnahme unter allen Schulseitigen und mit Einbindung der Eltern. Sie geben einen aussagekräftigen, von der Schulaufsicht unterstützten Einblick in die Leistungen und Wirkungen der Schule.

Die konkrete Forderung

Die hohe Qualität der Schweizer Volksschulen sollen schweizweit nicht nur nach einer einheitlichen Selbstevaluation geprüft werden, sondern auch durch einen Fremdttest für Schulen und Schüler.

In allen grösseren Regionen der Schweiz sollen bedarfsgerecht bilingue oder trilingue Volksschulen aufgebaut werden.

3. Breite, praxisnahe Entwicklungsmöglichkeiten durch die modernisierte duale Berufsbildung

Die Herausforderung

Der duale Bildungsweg, der von rund 60 % der Jugendlichen beschritten wird – ein Anteil, der in keinem anderen Land erreicht wird –, ist ein wichtiger Standortvorteil der Schweiz. Allerdings besteht vorab bei ungünstiger Konjunkturlage ein erheblicher Mangel an Lehrstellen. Viele Jugendliche haben auch Mühe mit der Berufswahl aus der hohen Zahl von gut 230 Berufen, was zu einer hohen Quote von Lehrabbrüchen führt. Dank der Berufsmaturität und der Fachhochschulen leistet die Berufsbildung auch einen wichtigen Beitrag zur Deckung des steigenden Bedarfs an hochqualifizierten Arbeitskräften. Allerdings sind wir in einer steigenden Masse auf die Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte angewiesen.

Die Herausforderung besteht darin, die richtig ausgebildeten Personen in genügender Anzahl zur richtigen Zeit dem Arbeitsmarkt zuzuführen und zu ermöglichen, dass diese Personen in ihrer Tätigkeit korrekte Arbeitsbedingungen antreffen und auf allen Stufen Wertschätzung erfahren. Deshalb ist unter anderem das Angebot von Berufsausbildungen mit Abschluss auf einfacherem Niveau sicherzustellen, so dass auch schwächer Qualifizierte von einer fundierten Ausbildung mit Abschlussdiplom profitieren können.

Die Vision

Hervorragend qualifizierte Berufsausbildung von internationaler Exzellenz und Anerkennung. Die Berufsbildung wird insofern modernisiert, als die Zahl der Berufe wesentlich reduziert und Spezialisi-

sierungen innerhalb von Berufsgruppen ermöglicht werden (Teilmodularisierung). Die Schülerinnen und Schüler werden bei der Berufswahl besser unterstützt und können ihren Beruf dank der modernisierten dualen Ausbildung aus einer kleineren Zahl durchlässigerer Berufe wählen. Für schwächere Schüler werden besondere Ausbildungen angeboten, die Warte- und Zwischenjahre vermeiden (Attests). Der Berufswechsel wird erleichtert. Es wird eine hohe Zahl von Berufsmaturitäten angestrebt. Das Schweizer Berufsbildungssystem wird im Ausland erfolgreich vermarktet. Höchstmögliche Durchlässigkeit zwischen den Bildungsinstitutionen und allen Schulstufen.

Die konkrete Forderung

Die CVP fordert eine wesentliche Reduktion der 230 Berufsausbildungen. Drei Viertel aller Lehrverhältnisse werden durch 35 Berufsausbildungen abgedeckt. Die übrigen Lehrverhältnisse betreffen pro Beruf jeweils weniger als hundert Lehrverhältnisse. Eine breiter gefasste Grundausbildung verbunden mit gezielter Spezialisierung steigert die Arbeitsmarktfähigkeit. Dies trägt zur Motivation und zu grösserer Flexibilität der Berufsleute bei, erhöht die Erfolgchancen auf dem Arbeitsmarkt und hat dank des hohen Anteils von Lehrverhältnissen Vorbildcharakter für andere Länder.

4. Bessere Koordination zwischen den Gymnasien, den Universitäten und den Fachhochschulen

Die Herausforderung

Die Durchfallraten vorab im ersten Universitätsstudienjahr betragen 25 bis 50 Prozent. Dies wird auch auf mangelnde Motivation zu Studium, für das Studium ungeeignetes Maturaprofil und mangelnde Vorbereitung auf die universitären Lernformen zurückgeführt. In einigen Maturaprofilen ist das mathematisch-naturwissenschaftliche Wissen ungenügend. Der Anteil der Frauen, die Technik und Naturwissenschaften studieren, ist in der Schweiz besonders niedrig. Ein stark wachsender Anteil von Maturi geht an Fachhochschulen oder absolviert spezielle berufliche Einführungen (Banken und Versicherungen), was an sich dem Ziel der Maturität, der Vorbereitung auf ein Universitätsstudium widerspricht. Die Durchlässigkeit innerhalb der Universitäten, zwischen Instituten und von Fachhochschulen, bzw. deren transparente gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen besteht nach wie vor ungenügend.

Die Vision

Gymnasium und Universitätsstudium sind optimal aufeinander abgestimmt und die Beratung der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ist ausgebaut. Die Universitäten unterstützen die Maturi durch Beratungs- und Aufnahmeverfahren und durch Lernformen, welche den Übertritt erleichtern. Die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen zwischen Universitäten und deren Instituten sowie der Fachhochschulen ist transparent, nachvollziehbar und die gegenseitigen Durchlässigkeit vollzogen.

Die konkrete Forderung

Die Stellung des Gymnasiums im gesamten Bildungssystem ist auf dem Hintergrund der Einführung der Bologna-Reform grundlegend zu überprüfen. Es gilt insbesondere sicherzustellen, dass es seiner Hauptaufgabe, junge Menschen auf ein anspruchsvolles Universitätsstudium vorzubereiten, besser gerecht werden kann. Naturwissenschaftliches Grundwissen muss auf allen Schulstufen ausreichend verankert werden.

5. Fachkräfte hier ausbilden und beschäftigen

Die Herausforderung

Die Schweiz muss für genügend Fachkräfte sorgen. Mit einer Quote von 0,77% der 20 bis 29-Jährigen, die über einen Abschluss in exakten Wissenschaften und Naturwissenschaften oder in Ingenieur- bzw. technischen Wissenschaften verfügen, liegt die Schweiz bereits klar unter dem europäischen Mittel (1,22%) und wird von den führenden Ländern Frankreich (2,22%) und Irland (2,42%) deutlich distanziert. Auch wenn es gelingt, mehr junge Menschen für ein naturwissenschaftliches Studium zu gewinnen, wird die Schweiz auch in Zukunft auf die Immigration von Hochschulabsolventen angewiesen sein.

Die Vision

Die mathematisch-naturwissenschaftliche Ausbildungskomponente wird im Gymnasium verstärkt. Die internationale Attraktivität sowohl unserer Berufs- als auch Hochschulausbildung ist hoch. Es sind daher vermehrte Bildungsabschlüsse von Ausländern anzustreben, die hernach in der Schweiz verbleiben und tätig sind.

Die konkrete Forderung

„Brain Gain“ fördern. Ausländische StudentInnen, die in für unsere Volkswirtschaft strategisch bedeutsamen Bereichen einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss erlangen, erhalten automatisch eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung des entsprechenden Kantons.

6. Verbesserte Vereinbarkeit von Beruf, Familie ... und Weiterbildung

Die Herausforderung

Ein Schlüsselfaktor für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz in Zukunft sind die Frauen und deren Erwerbstätigkeit. Nur wenn es uns gelingt die Frauen besser in die Arbeitswelt zu integrieren, können wir den Fachkräftemangel teilweise korrigieren. Die Forderungen nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind deshalb gleicherweise gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ziele.

In Zukunft muss die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Weiterbildung das Ziel sein. Viele ArbeitnehmerInnen werden länger in der Erwerbstätigkeit bleiben als heute und sich häufiger anpassen müssen, bzw. neue Fertigkeiten erlernen können, ohne dass sie aus dem Erwerbsprozess ausscheiden müssen.

Die Vision:

Sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Bildungs- bzw. Betreuungsangebote, welche flächendeckend bedarfsgerechte und schulergänzende Bildung als auch Betreuung beinhalten, werden in Zukunft so flexibilisiert und aufeinander abgestimmt sein, dass Frauen und Männer nicht mehr aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen, wenn sie eine Familie gründen. Sie sind gleichzeitig in der Lage, Aus- und Weiterbildungen zu absolvieren.

Die konkrete Forderung

So wie das Volkswirtschaftsdepartement ein KMU-Handbuch für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit konkreten und umsetzbaren Praxisbeispielen aufgezeigt hat, soll das Departement des Innern für seinen Bereich der Aus- und Weiterbildung ein entsprechendes Handbuch erarbeiten und die Wirtschaft dazu motivieren mit einfachen Massnahmen eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Aus- bzw. Weiterbildung zu erreichen.

7. Erhöhte internationale Wettbewerbsfähigkeit durch früheren Berufseintritt

Die Herausforderung

Ganzheitlichkeit und erhöhte Komplexität verlangen eine tendenziell längere Ausbildungszeit (bis zur Matura, wie auch auf der Universitätsstufe). Im europäischen, vor allem im englischen Schulsystem ist der Berufseintritt deutlich früher – nach Bachelor-Abschluss bei 21 bis 22 Jahren. Früher produktiv werden und die Spezialisierung durch Weiterbildung nach erfolgtem Berufseintritt anstreben, ist motivierender für die grosse Mehrheit der Jugendlichen und wesentlich flexibler als System.

Die Vision

Berufseintritt mit Universitätsabschluss mit 22-23 Jahren; Gymnasiums-Abschluss mit 18-19 Jahren.

Die Konkrete Forderung

Anpassung der Schulsysteme damit der Sekundarabschluss mit 14 Jahren, der Lehrabschluss mit 17-18 Jahren, der Gymnasiums-Abschluss mit 18-19 Jahren und der Universitätsabschluss mit 22-23 Jahren die Regel wird.

8. Spitzenposition der Schweizer Hochschulen und des Forschungsplatzes sichern

Die Herausforderung

Die Schweizer Hochschulen (Universitäten und Fachhochschulen) stehen in einem wachsenden internationalen Wettbewerb. Für die Wissensgesellschaft und den Wirtschaftsplatz Schweiz ist es von zentraler Bedeutung, dass sie ihre Spitzenpositionen in Lehre und Forschung langfristig halten können. Entscheidend ist dabei, dass der wissenschaftliche Nachwuchs gute Rahmenbedingungen findet. Im Vergleich zu anderen Berufsmöglichkeiten für hoch qualifizierte Studienabgänger sind die Mittelbaustellen an Hochschulen heute wenig attraktiv, speziell für Personen mit familiärer Verantwortung.

Die Vision

Die Schweizer Hochschulen sind für die wissenschaftlichen Nachwuchskräfte attraktiv. Dank ihren herausragenden Leistungen in Lehre und Forschung tragen sie zu exzellenten Rahmenbedingungen für hohe Forschungsinvestitionen der Privatwirtschaft bei. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verdienen sich eine hohe gesellschaftliche Anerkennung sowohl durch ihre wissenschaftlichen Leistungen als auch durch eine vorbildlich gelebte Berufsethik.

Die konkrete Forderung

Die Hochschulen verbessern die Anstellungsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, insbesondere durch den zügigen Ausbau der Doktorandenprogramme. Sie streben damit namentlich in den Geistes- und Sozialwissenschaften eine Verkürzung des Doktorandenstudiums an.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Bildung für die Zukunft

Leitung:

Häberli-Koller Brigitte, Nationalrätin

Projektleitung und Wiss. Unterstützung:

Blatter Hannes, Fraktionssekretär

Mitglieder

Ammann-Hutter	Alfons	Pils	Wolfgang
Aste	Andreas	Reust-Götschi	Doris
Barmettler	Hugo	Riklin	Kathy
Bernasconi	Luigi	Sandoz	Alain
Bieri	Peter	Schenker	Marcel
Bloetzer	Gotthard	Schmitter	Rolf
Boutellier	Thomas	Schuler	Konrad
Bregnard	Thierry	Schuwey	Gerhard
Brühlhart	Wolfgang Amadeus	Schwingruber	Anton
Bucher	Peter	Senn	Joseph
Bühler	Peter	Sigg Frank	Babette
Buschor	Ernst	Studerus	Alois
Casays	Patricia	Thummel	Cyrill
Egger-Wyss	Esther	Tiefenauer	Louis
Gemnetti	Francesca	Vincent	Charles
Greber	Bruno	Vogelbacher	Reto
Grossmann	Karen	Vogt-Renfer	Jeannette
Haas	Werner	von Ledebur	Marianne
Höchli	Daniel	Wallimann	Thomas
Höchli-Délèze	Alexander	Warynski-Roy	Michel
Hodel	Markus	Warynski-Roy	Véronique
Inglin	Oswald	Welti	Elias
Kaiser	Stephan	Wertli	Béatrice
Kaufmann	Rolf	Widmer	Andreas
Kuhn-Senn	Andrea	Wille-Egloff	Franz
Künzli-Seiler	Rudolf und Brigitte	Zanolari	Loris
Kuratli	Björn	Zucha	Ivo
Losa	Riccardo		
Lüchinger	Willi		
Maissen	Carmelia		
Michel	Jacques-André		
Missfelder	Martin		
Mohn	Sabrina		
Müller	Dominic		
Neiryneck	Jacques		
Neuenschwander-Marti	Kathrin		
Oberbeck	Simon		
Ochsenbein	Michael		
Pasquier	Marilyne		
Pfister	Martin		
Pichonnaz	Pascal		